

IV.3 Wandel nach dem Epochenumbruch

Zitelmanns *Wohin treibt unsere Republik?* beginnt mit folgender Bemerkung: »Wir haben gesiegt« – dies war die Stimmung vieler Konservativer angesichts des Zusammenbruchs des Sozialismus und der Wiedervereinigung Deutschlands.«¹⁶⁸ Die »Epochenzäsur 1989/90«¹⁶⁹ beflügelt tatsächlich zu Beginn konservative Kräfte, denn sie bestimmen den nationalen Ton in den öffentlichen Debatten mit. Schließlich wird die konkrete Frage, was diese vereinigte »deutsche Nation« ausmacht, allgegenwärtig. Neben der Hauptstadtdebatte zeigt sich dies etwa in der fortgesetzten Vereinigungsdebatte, aber auch in weiteren kulturellen Bereichen und gesellschaftlichen Konflikten wie dem sogenannten Asylkompromiss.¹⁷⁰ In der Forschung wird nicht zufällig für diese Zeit von einer Renationalisierung der politisch-kulturellen Diskurse gesprochen.¹⁷¹ Denn nun, da die Nation vollendet erscheint, kann ihre vormals mangelnde Vollendung nicht mehr die große Erklärung für bestimmte als negativ empfundene gesellschaftliche Entwicklungen sein, wie es noch in den 1980er Jahren der Fall war. Ab diesem Zeitpunkt muss sich eine Kulturkritik an dem national Gegebenen orientieren, mithin den Missstand im Gesellschaftlichen selbst suchen – und eben nicht mehr in der Tatsache des national Unvollendeten. So erlebt die gesellschaftliche Klage über vermeintliche Fehlentwicklungen eine Blütephase. Mit historischem Abstand scheint Botho Strauß mit seinem »Anschwellenden Bocksgesang« im *Spiegel* den Chor dieser Stimmen zumindest öffentlich eingeleitet zu haben, auch wenn sich zuvor schon entsprechende Tendenzen gezeigt hatten.¹⁷² Auf ganz unterschiedlichen Pfaden werden nun – anscheinend auf einen Schlag – alte Debatten wieder unter veränderten Vorzeichen verhandelt. Die Debatten um das deutsche Geschichtsbild als Fortsetzung des Historikerstreits, die Frage nach einer Historisierung des Nationalsozialismus bzw. der Einordnung der NS-Zeit im Zusammenhang mit der sogenannten Modernisierungstheorie¹⁷³, die Frage nach einem möglichen deutschen »Sonderweg« von 1949 bis 1989 oder auch nach dem Verhältnis zum Westen verlaufen dabei nicht nur im akademischen Raum, sondern werden ebenso medial ausgefochten. Die Vorstellungen von einer »deutschen Nation« und damit auch von einer »deutschen Kultur« und besonders die Implikationen über die Rolle des Staates, auch das damit verbundene Geflecht aus bestimmten »gesellschaftlichen Werten«, bleiben prägend.¹⁷⁴ Anfang der 1990er Jahre öffnet sich ein Fenster für die Debatte um eine »deutsche Nation«. Für kurze Zeit können Protagonisten aus dem konservativen

168 Zitelmann: *Wohin treibt unsere Republik?*, S. 7.

169 Görtemaker: *Die Berliner Republik*, S. 8.

170 Vgl. Siems: *Die deutsche Karriere kollektiver Identität*, S. 207ff.; Schneider: »Volkspädagogik« von rechts.

171 Vgl. Schmidt: *Die Neue Rechte und die Berliner Republik*, S. 12.

172 Vgl. Kühnl, Reinhard; Erlinghagen, Robert: »Holocaust«-Forschung in Deutschland. Von 1945 bis zur Goldhagen-Debatte, in: Klotz, Johannes; Schneider, Ulrich (Hg.): *Die selbstbewußte Nation und ihr Geschichtsbild. Geschichtslegenden der Neuen Rechten*, Köln 1997, S. 96-138, hier S. 114f.

173 Vgl. Roth: *Revisionistische Tendenzen in der historischen Forschung über den deutschen Faschismus*.

174 Vgl. Claussen: *Tradition der Traditionslosigkeit*.

Lager Einfluss ausüben und veröffentlichen programmatische Schriften.¹⁷⁵ In diesem Zeitraum zwischen Hoffnung und Enttäuschung bezüglich einer deutschen Vereinigung sind diese Schriften durchaus folgenreich. Diese Intellektuellen erhalten einen erheblichen gesellschaftlichen Raum, um ihre Thesen auszubreiten. Diese Perspektiven können zwar öffentlich nicht bestehen. Sie verlieren ab Mitte der 1990er Jahre an Resonanz. Aber auch wenn sie ihre öffentliche Stimme verlieren, bleiben die durch diese Intellektuellen artikulierten Politik- und Gesellschaftsvorstellungen prägend – zumindest für das weite konservative Lager.

Der »Transformationsprozess« wurde von Konservativen als Epochenbruch wahrgenommen. Daraus entsprang ein »Drang nach einer von konservativen Grundpositionen geprägten Neuordnung der Bundesrepublik« und dies führte auch zur »Ausarbeitung und Propagierung einer Zukunfts- und Erneuerungsprogrammatik« der Konservativen.¹⁷⁶ Daher spricht Koch von einem grundlegenden und nachhaltigen »Paradigmenwechsel«¹⁷⁷ im Konservatismus, dessen Konturierung, Ausprägung und Auswirkungen er allerdings nur partiell andeutet. Daher werden hier die als konservativ verhandelten Reaktionen auf den Epochenbruch und die nachfolgenden gesellschaftlichen Debatten ausführlicher untersucht, um genauer zu beschreiben, was sich am Konservatismus in dieser Zeit wandelt und wie dies geschieht. Dafür werden zunächst die Reaktionen und Deutungen der außenpolitischen und weltpolitischen Umbrüche analysiert, die wiederum rückwirken auf die Bewertungen der innenpolitischen Entwicklungen. Die dabei extrapolierten Hoffnungen und Erwartungshaltungen der intellektuellen Akteure auf die weitere Ausgestaltung der bundesdeutschen Politik leiten über zu einer genaueren Betrachtung ihrer Nationenvorstellungen und der darin jeweils spezifisch enthaltenen kulturellen Aufladung. Denn gerade diese Nationenvorstellungen haben entscheidenden Anteil an der weiteren theoretischen wie politisch-praktischen Entwicklung dieser Intellektuellen, und wie aufgezeigt wird, auch für einen Teil dieses konservativen Lagers, was letzten Endes den Konservatismus insgesamt nachhaltig beeinflussen sollte.

IV.3.1 Deutungen der weltpolitischen Umbrüche

Die Ereignisse der Jahre 1989/90 werden in konservativen Kreisen als weltpolitische Umbrüche angesehen. Interpretiert werden sie allerdings gerade nicht als ein »Ende der Geschichte« (Fukuyama), sondern vor allem als die »Rückkehr« der Geschichte auf die Weltbühne.¹⁷⁸ Dabei unterscheiden sich die Deutungen über die damit zusammenhän-

175 Vgl. Schildt: Konservatismus in Deutschland, S. 251.; Weißmann: Kurze Geschichte der konservativen Intelligenz nach 1945, S. 71; Kämper, Gabriele: Von der Selbstbewussten Nation zum nationalen Selbstbewusstsein. Die Neue intellektuelle Rechte bewegt sich auf rhetorischen Pfaden in die Mitte der Gesellschaft, in: Werkstatt Geschichte 37/2004, S. 64-79.

176 Koch: Konservatismus im Kontext von deutscher Vereinigung und ostdeutschem Transformationsprozess, S. 29.

177 A. a. O., S. 35.

178 Vgl. Mohler, Armin: Fukuyama und kein Ende, in: Criticón 118/1990, S. 89-91; Weißmann, Karlheinz: Vom Ende der »Schlaraffia Politica«. Anmerkungen zu einem neuen Buch von Joachim Fest, in: Criticón 127/1991, S. 237-239.

genden einzelnen geschichtlichen Entwicklungen – von der Implosion des Realsozialismus und der neuen weltgeschichtlichen Ordnung über die politischen Tendenzen in den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten und die Mittellage-Diskussion bis zu den Entwicklungen in der DDR.

Das Ende der Sowjetunion wird insgesamt überwiegend verhalten-nüchtern beurteilt. Das Ende des Kalten Krieges wird begrüßt, aber die politischen Entwicklungen in der Sowjetunion selbst werden auffallend nüchtern bewertet.¹⁷⁹ Schließlich finden sich in *Criticón* schon ab Mitte der 1980er Jahre Beiträge, die über einen ökonomischen Bankrott der östlichen Supermacht spekulieren. Der Niedergang der Sowjetunion war in diesem Fall ein »Glücksfall« und »keine ideologische, politische oder militärische Niederlage«, sondern habe allein auf ökonomischen Faktoren beruht.¹⁸⁰ Auch die geopolitischen Konsequenzen – wie etwa die deutsche Vereinigung selbst – werden überraschend gemäßigt und nur verhalten thematisiert. Spürbar im Vordergrund steht nicht das historische Ereignis selbst, sondern dessen mögliche Konsequenz: die Hoffnung auf ein Zurückdrängen der »linken Kulturrevolution« und eine nationale Erneuerung.¹⁸¹ Friedemann Schmidt hat diesen Debattenstrang bereits eingehend untersucht und kommt über diese Auseinandersetzung in konservativen Medien jener Zeit zu dem Ergebnis: »Weitaus mehr Interesse als der Einigungsprozeß selbst findet [sic!] [...] die Wiedergewinnung der vollen Souveränität und die neuerliche Positionierung Deutschlands inmitten des ungeteilten europäischen Kontinents.«¹⁸² Die weltpolitischen Umbrüche verändern auch die ideologischen Blockkonfrontationen. Denn mit dem Wegfall des Antikommunismus, eines Feindbildes, das seine Bestätigung paradigmatisch in der Sowjetunion fand, wandeln sich auch die politischen Bezugspunkte. Mit dem Ende der »Weltmacht Sowjetunion« sei nicht nur die »eiserne Klammer fortgefallen, die den Ostblock zusammenhielt«, sondern auch das »machtgebietende Gegenüber«, der »Garant der inneren und äußeren Stabilität des Westens«¹⁸³. Damit sei ein Vakuum von weltpolitischer Dimension entstanden, dessen Bedeutung in *Criticón* ausführlich debattiert wird. Denn wie Schmidt herausstellt, sei dies eine Chance für die Emanzipation Europas von den USA und deshalb auch eine Chance einer neuen Großmachtrolle Deutschlands in Europa.¹⁸⁴ Doch zugleich schwindet keineswegs der Antikommunismus völlig, sondern bleibt in seiner Tiefendimension weiterhin bestehen, äußert sich nun allerdings in teils ausdifferenzierter, unterschwelliger Form. Dass der Antikommunismus, wenn auch in veränderter Gestalt, weiterhin fortbesteht, zeigt sich beispielsweise an Günter Rohrmoser, der schon seit den 1960er Jahren vehement gegen jegliche

179 Vgl. Bavendamm, Dirk: Warum sollen wir die GUS stützen? Deutschland und der Untergang der Sowjetunion, in: *Criticón* 130/1992, S. 75-77. Es finden sich zu dieser Zeit zwar vereinzelt Beiträge, die in fast schon verschwörungstheoretischer Manier über weltpolitische Tendenzen und dahinterstehende »Mächte« spekulieren, die über die Entwicklungen in der Sowjetunion entscheiden würden, aber letztlich finden diese zumindest in *Criticón* relativ wenig Nachhall, sodass allein hierüber relativ wenig über deren Bedeutungsgehalt ausgesagt werden kann, vgl. Wolfram, S.T.G.: Die Macht hinter Gorbatschow. Ist die »Perestrojka« eine Erfindung des KGB?, in: *Criticón* 119/1990, S. 113-119.

180 Vgl. Kuehnelt-Leddihn, Erik von: Das Vakuum, in: *Criticón* 133/1992, S. 210-211, hier S. 210.

181 Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 54.

182 Ebd.

183 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 131/1992, S. 103.

184 Vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 62.

sogenannten »kulturrevolutionäre« oder kulturmarxistische Bestrebung zu Felde zieht. Auch nach 1989 sei der Sozialismus, so Rohrmoser, nicht am Ende, sondern er verändere nur seine Form. Dieser löse sich von seinem marxistisch-leninistischen Erbe und verbinde sich nun mit einem rigorosen Nationalismus, wie sich in Osteuropa zeige.¹⁸⁵ Diese Verbindung drohe nun auch in der Bundesrepublik, warnt Rohrmoser, nachdem die politische Linke nach der deutschen Vereinigung in einer Krise gewesen sei und nun neu versuche, ihr Programm einer »Kulturrevolution« auf neuen Wegen weiterzuführen. Denn der tieferliegende Grund für die Anziehungskraft des Sozialismus sei dessen Wirkung als »Ersatzreligion«¹⁸⁶ in säkularisierten Gesellschaften, als letztes Erlösungsversprechen für das Heil der Menschheit.¹⁸⁷ Doch zugleich drohe auch diese »Ersatzreligion« innerlich zusammenzubrechen. Und wenn auch dieser neue Sozialismus wegfallen würde, würde dies, so befürchtet Rohrmoser, das Ende jeglicher Utopien bedeuten, was zu einem hedonistisch-libertären Nihilismus führen würde. Nihilismus heißt für Rohrmoser aber nicht, dass es keine Werte, keine religiösen Momente usw. gebe, sondern dass – im Anschluss an Nietzsche – diese Werte »ohne Wirklichkeit«¹⁸⁸ seien. Insofern kann er dem Sozialismus auch ein Wahrheitsmoment abringen, denn dieser sei die vorerst letzte Utopie gewesen, der letzte Augenblick in der Geschichte, der – neben der Religion – den Menschen noch an etwas Übergeordnetes erinnere. Aber letztlich steht für Rohrmoser die Krise des Sozialismus mit einer Krise des Liberalismus in direktem Zusammenhang¹⁸⁹: Der Liberalismus sei durch die Konfrontation mit der sozialistischen Utopie noch eingegrenzt und eingehegt worden, mit dem Ende dieser Utopie seien dem Liberalismus keine Grenzen mehr gesetzt.¹⁹⁰

Jedenfalls bleibt der Antikommunismus bestehen, verändert aber seine Dynamik in der Gewichtung außenpolitischer Grundkonstellationen.¹⁹¹ Denn zugleich wird nun das ideologische Feindbild des Antiamerikanismus wesentlich bedeutender, denn mit dem Ende der Blockkonfrontation verlieren die USA ihre weltpolitische Bedeutung als Gegenmacht zum Sowjetkommunismus.¹⁹² Mit dem Ende der epochalen Konfrontation zwischen West und Ost erfährt das Wort vom »Westen« wieder eine neue Bedeutung. Es kehrt gewissermaßen in seine historische Ursprungsbedeutung zurück. Der Westen ist nun nicht mehr allein reduziert auf einen »politischen« Westen, der im ideologischen Kampf mit dem »Osten« für bestimmte Werte in Dienst genommen wird, sondern er kehrt, in den Worten von Dan Diner, »gleichsam an seinen historischen Ort zurück«¹⁹³. Und gerade weil sich die außenpolitischen Koordinaten verändert haben, die potenzielle Absage an den »Westen« nun leichter funktioniert, ohne auf der anderen Seite

185 Vgl. Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 16.

186 A. a. O., S. 19.

187 Vgl. auch a.a.O., S. 61.

188 A. a. O., S. 273.

189 Vgl. Rohrmoser/Frenkin: Neues konservatives Denken als Überlebensimperativ, S. 89f.

190 Vgl. Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 54.

191 Vgl. Schüßlburner, Josef: Hitlers Sozialismus. Sozialismus und Rassismus, in: *Criticón* 127/1991, S. 241-246.

192 Ströhm, Carl Gustaf: Bonn – Washington, eine zerrüttete Ehe?, in: *Criticón* 113/1989, S. 123-125; Zehme, Markus: Bushs neue Weltunterordnung, in: *Junge Freiheit* 4/1992, S. 2.

193 Diner, Dan: Verkehrte Welten. Antiamerikanismus in Deutschland. Ein historischer Essay, Frankfurt a.M. 1993, S. 168.

gleich in die entgegengesetzte Richtung – bis 1989 für den »Osten« – argumentieren zu müssen, könne sich nun Antiamerikanismus viel einfacher öffentlich artikulieren, zumindest beobachtet Dan Diner Anfang der 1990er Jahre diese Tendenz der deutlichen Zunahme solcher Positionen.¹⁹⁴

Mit den weltpolitischen Umbrüchen kehrt eine alte Debatte zurück: die Frage nach der sogenannten Mittellage. Durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die Beseitigung der »Militärgrenze der Weltmächte quer durch Europa« sei auch die »Negation der Geographie und Geschichte zugunsten der Ideologie und der Weltmachtpolitik«¹⁹⁵ beendet, heißt es in *Criticón*. Überhaupt scheint nach der Wende die Debatte um geographische und geopolitische Argumentationsmuster für politisches Handeln einiges an Attraktivität für größere Teile der Gesellschaft zu gewinnen. Denn mit großer Entschlossenheit und Verve kritisiert Hans-Ulrich Wehler im Sommer 1990 in einem breit rezipierten Essay im *Spiegel* die neu entfachten Diskussionen über Geopolitik, »Mitteleuropa«-Vorstellungen und neue Formen eines deutschen Nationalismus, sei es in radikaler oder in diffus gemäßigter Form.¹⁹⁶ Aber vor allem in konservativen Kreisen entsteht nach dem Ende des Kalten Krieges eine »Renaissance der Geopolitik«¹⁹⁷. Denn mit dem Ende der Blockkonfrontation und dem Ende der ideologischen Großkonflikte kehrt die alte konservative Option der Geopolitik und mit ihr der Primat der Außenpolitik zurück auf die Agenda. In dieser Vorstellung bedeutet das Ende des Kalten Krieges nicht weniger als den Beginn einer neuen Weltordnung. Carl Schmitt beschreibt bereits in seinem *Nomos der Erde* diese neue Weltordnung als Pluriversum, in dem eine »sinnfällige Einheit von Raum und Recht, von Ordnung und Ortung«¹⁹⁸, also Ordnung im politischen Sinn, nur im Territorium möglich sei. Dieses Territorium bzw. allgemeiner zunächst die »Erde« wird für Schmitt nach 1945 zu einem »mythische[n] Boden«¹⁹⁹ und damit tellurisch aufgeladen, was letztlich nur bedeutet, dass das Territorium von einer beschreibbaren Kategorie (als eine der klassischen Bestandteile der Staatsdefinition) wieder einmal zu einer nebulösen, mythischen Gewalt wird. Dieses Motiv blieb im Kalten Krieg freilich bestehen, konnte sich aber kaum politisch äußern. Anhänger dieser Auffassungen mussten partisanenhaft und im Verborgenen für eine solche Ordnung kämpfen, wie sich auch daran zeigt, dass Carl Schmitt Anfang der 1960er Jahre die Sozialfigur des »Partisanen« als unerschütterlichen Kämpfer inthronisiert. Mit der nach 1989 radikal geänderten Weltlage taucht nun auch die Idee einer neuen Weltordnung – eine Idee, die man nun ganz offen vertreten kann – wieder aus der vorläufigen Versenkung des historischen Vergessens auf. George Bush seniors Proklamation einer »neuen Weltordnung« unter amerikanischer Vorherrschaft (New world order) wird in

194 Vgl. a.a.O., S. 171.

195 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 126/1991, S. 155.

196 Vgl. Wehler: »Aufforderung zum Irrweg«.

197 Weißmann, Karlheinz: Herausforderung und Entscheidung. Über einen politischen Verismus für Deutschland, in: Schwilk, Heimo; Schacht, Ulrich (Hg.): *Die selbstbewusste Nation. »Anschwellender Bocksgesang«* und weitere Beiträge zu einer deutschen Debatte, Frankfurt a.M. 1994, S. 309–326, hier S. 319.

198 Schmitt: *Der Nomos der Erde im Völkerrecht des Jus Publicum Europaeum*, S. 13.

199 Sombart: *Nachdenken über Deutschland*, S. 199.

konservativen Kreisen vehement abgelehnt.²⁰⁰ Weißmann deutet die internationalen Krisen nach 1989 vielmehr in dem Sinn, dass sich die Weltordnung in einem »Weltbürgerkrieg«²⁰¹ befinde. Diese Formel wurde von Hanno Kesting in Anlehnung an Carl Schmitt geprägt. Demnach befinde sich die Menschheit als politische Einheit in einem »Endzeitkampf«, in dem die antretenden Parteien nicht mehr nur um ihre eigenen Interessen, sondern grundlegend um die gesamte Menschheit kämpfen würden. Zu diesem Deutungsbild passt auch die Tatsache, dass die rasch floskelhaft vereinfachte These vom »Clash of Civilization« (Samuel P. Huntington) in der Zeitschrift *Criticón* breit rezipiert wurde. Huntington belege, so Weißmann, die »Erosion in der Struktur des Welt-Staatensystems« und das Ende des »amerikanischen Jahrhundert[s]«²⁰². Denn mit dem Ende des Kalten Krieges »kehrt die Erde vom »globalen Ausnahmezustand« (Serge Maiwald) der Zweiteilung wieder in den »Normalzustand« des politischen Pluriversums zurück«²⁰³. Mit dem Ende der Blockkonfrontation sei die Welt in das »altneue Pluriversum politischer Einheiten« zurückverwandelt: »regionale – rassische, nationale, religiöse – Auseinandersetzungen«²⁰⁴ würden nun verstärkt aufbrechen. Aus diesem Bedrohungsszenario heraus folgert Weißmann, dass Deutschland seine eigentliche internationale Rolle mit einer eigenständigen Machtpolitik finden müsse. Dieser Pluriversum-Gedanke wird Anfang der 1990er Jahre in *Criticón* breit rezipiert. Er dient letztlich auch der klaren Abgrenzung gegenüber den USA. Denn mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation komme es zu einem Kampf zwischen »Universalismus und Partikularismus«²⁰⁵. Dieses eschatologische Weltbild wird im weiteren Verlauf erweitert mit Warnungen vor globalen Migrationsbewegungen²⁰⁶, vor dem weltweiten Vormarsch des Islams²⁰⁷ und vor einer Renaissance des Kommunismus in den ehemaligen Ostblockstaaten.²⁰⁸ Hieran zeigt sich schon, dass alle Ingredienzien der rechten Empörung Mitte der 2010er Jahre bereits Anfang der 1990er Jahre vorgedacht wurden.

Entscheidend ist vor allem, dass sich mit dieser Deutung tendenziell ein Bild durchsetzen konnte, das der geographischen und geopolitischen Lage Deutschlands wieder Bedeutung beimisst, ein genuines Ursprungsmoment der Deutschen Frage seit dem 18. Jahrhundert. Weißmann spricht es in der *FAZ* offen aus: »Tatsächlich kehrte Deutschland mit dem Ende der Teilung Europas in seine ursprüngliche geopolitische Lage zurück«²⁰⁹. Nicht nur, dass die angesprochene »ursprüngliche« Lage bereits etwas Naturhaftes andeutet, hierbei zeigt sich schon eine öffentlichkeitswirksame Rezeption des

200 Vgl. Mohler, Armin: Vom Jalta-Boy zum Turnvater, in: *Criticón* 128/1991, S. 309-310, hier S. 310.

201 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 52.

202 Weißmann: Herausforderung und Entscheidung, S. 310.

203 Ebd.

204 Weißmann, Karlheinz: Ein paar einfache Wahrheiten. Über die notwendige Renaissance des konservativen Denkens, in: *Criticón* 130/1992, S. 61-63, hier S. 62.

205 A. a. O., S. 61.

206 Vgl. exemplarisch Hornung, Klaus: Sturm auf Europa. Eine Zeitbombe tickt. Die Einwanderungsbewegung, in: *Criticón* 118/1990, S. 85-87.

207 Vgl. Manousakis, Gregor M.: Mächte und Minderheiten auf dem Balkan, in: *Criticón* 127/1991, S. 223-226.

208 Vgl. exemplarisch Weißmann: Vom Ende der »Schlaraffia Politica«.

209 Weißmann, Karlheinz: Die Nation denken, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 22.04.1994, S. 33.

»Mittelage«-Gedankens.²¹⁰ Zumindest für kurze Zeit vermag es der sogenannte »Mitteleuropa«-Gedanke aus den konservativen Reihen über Deutschlands neue geopolitische Aufgaben im Feuilleton wirkmächtig zu sein, wie Axel Schildt bemerkt.²¹¹ Vor allem betont Weißmann zunächst, wieder in der *FAZ*, lediglich indirekt die neuerliche Bedeutung, die in Zukunft die »Geopolitik« für das politische Denken übernehmen werde.²¹² Doch kurz darauf zieht Weißmann selbst die politische Konsequenz, dass die zukünftige »Berliner Republik« ihre staatliche Souveränität aus der »Geopolitik«²¹³ heraus ableiten müsse, sprich: die Außenpolitik legitimierte erst Politik im Inneren. Ganz in diesem Sinne angelehnt an Carl Schmitt müsse die deutsche Außenpolitik also zunächst »deutsche ›Interessen‹« definieren und dabei zugleich eine »Brückenfunktion zwischen West und Ost«²¹⁴ übernehmen. Schwilk äußert sich zu diesem Problemkomplex verhältnismäßig wenig, er zieht sich hierbei offensichtlich auf die ständige Wiederholung und feuilletonistische Akzeptanz der Schmittschen Gedanken zurück, was eine genauere Begründung und Begriffsdefinition für seine Forderung nach einer geopolitischen neuen deutschen Sonderrolle offenkundig entbehrlich macht. Das vereinigte Deutschland sei »aufgrund seiner geographischen Lage und kulturgeschichtlichen Disposition eigentlich zum Ausgleich, zur Vermittlung gerufen«²¹⁵, womit Schwilk zunächst den dafür notwendigen inneren Ausgleich des Landes meint, um dann zugleich die Vermittlung zwischen Ost und West zu betonen.

Eine der zentralen programmatischen Schriften in diesem Zusammenhang ist das Buch *Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland*, das von Rainer Zitelmann, Karlheinz Weißmann und Michael Großheim herausgegeben wurde. Dieses Werk versammelt nicht nur die in jenen Jahren zentralen Positionen und Perspektiven, die damals diskutiert wurden, wie sich an der nach Veröffentlichung einsetzenden regen Auseinandersetzung und Rezeption zeigt.²¹⁶ Dieser Sammelband steht zugleich sinnbildlich dafür, wie umstritten, moralisch aufgeladen und politisch umkämpft diese ersten Jahre nach der deutschen Vereinigung gewesen sein müssen. Denn interessanterweise versammeln sich gerade in diesem u. a. von Weißmann und Zitelmann herausgegebenem Band so unterschiedliche wissenschaftliche wie politische Stimmen, die für sich genommen kaum zusammenpassen würden: Von Bernd Faulenbach, Eckhard Jesse und Elisabeth Noelle-Neumann über Tilmann Mayer, Bernd Ulrich und Panajotis Kondylis bis zu *Junge Freiheit*-Autoren wie Ansgar Graw und *Criticón*-Autoren wie Hans-Christof Kraus und Hans-Helmuth Knütter. Der Band versammelt unterschiedliche Ansätze und

210 Zur Mitteleuropa-Debatte in der *Jungen Freiheit* und die teils auffälligen Ähnlichkeiten zu Debattenmustern im Feuilleton, vgl. Schobert, Alfred; Papke, Ronald: Ab durch die Mitte. Der Mitteleuropa-Gedanke in der *Jungen Freiheit*, in: Kellershohn, Helmut (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der *Jungen Freiheit*, Duisburg 1994, S. 297-322.

211 Vgl. Schildt: Konservatismus in Deutschland, S. 251.

212 Vgl. Weißmann, Karlheinz: Vom Raum und seiner Bedeutung, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12.06.1991, S. 10.

213 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 65.

214 Weißmann: Jahre der Entscheidung, S. 270.

215 Fenkse, Wolfgang: Interview mit Heimo Schwilk: »Die Freiheit des Denkens zurückgewinnen«, in: *Junge Freiheit* 45/1994, S. 3.

216 Vgl. Stein: Rainer Zitelmann »Der Erfolg der Linken zeigt vor allem das Versagen der Konservativen«.

politische Positionen, die, wie es im Einführungstext heißt, nicht die »westliche Orientierung des vereinigten Deutschland«²¹⁷ infrage stellen wollen, vielmehr beabsichtige der Band die Facetten für eine »außenpolitisch[e] Standortbestimmung«²¹⁸ zu diskutieren. Bezeichnend ist hierbei die öffentlichkeitswirksame Aufladung der geopolitischen Bedeutung für das neue Deutschland, denn die geographische Lage sei schließlich das »Schicksal der Mittellage«²¹⁹, wie Zitelmann, Weißmann und Großheim gemeinsam festhalten. Die Debatte um Einordnung und Folgerungen aus dieser sogenannten »geographischen Mittellage« sei, so Schmidt, ein »archimedischer Punkt«, von dem aus weiterführende Debatten zu Schnittmengen zwischen neurechten, konservativen und christdemokratischen Gruppierungen geführt hätten.²²⁰ Beispielhaft hierfür stehen die Thesen des Bundesverteidigungsministers Volker Rühe (CDU), der 1994 die politische und geographische Situation Deutschlands in der »Mitte« Europas als »Schicksal«²²¹ beschreibt und aus der »geographischen« wie »geostrategischen Lage«²²² und deren politischer Bedeutung heraus entsprechende Konsequenzen ziehen möchte. Wie verbreitet diese Gedanken offenbar waren, wird auch aus der Tatsache deutlich, dass Rühe damals bereits Mitglied der berühmten »Freitagsgesellschaft« von Altkanzler Helmut Schmidt war und dort seine Thesen diskutierte.²²³

Diese öffentliche Rezeption, oder zumindest öffentliche Diskursfähigkeit, hängt schließlich auch mit der parallel verlaufenden Debatte über die Weiterführung eines europäischen Projektes zusammen. Deutschlands Rolle in der internationalen Kooperation und bündnisstrategischen Ausrichtung und Einordnung ist schließlich seit Anfang der 1990er Jahre hoch umstritten. Damit einher geht die Herausforderung einer neuer Legitimation der NATO, die mit dem Ende des Kalten Krieges ihre ursprüngliche Aufgabe eingebüßt hat und sich den neuen sicherheitspolitischen Rahmendaten erst noch anpassen muss.²²⁴ Aber auch die Europäische Union (EU) ist erst am Beginn, aus der »Europäischen Gemeinschaft« (EG) ein konkret ausbuchstabiertes Institutionengefüge zu werden. Erst im Verlauf der 1990er Jahre werden die fundamentalen Weichenstellungen gelegt, die Verhandlung darüber prägt die gesamte Dekade. Denn der Maastricher »Vertrag über die Europäische Union« wird erst 1992 unterschrieben und tritt erst Ende 1993 in Kraft. Und erst mit dem Vertrag von Amsterdam und der Einführung der Währungsunion wird dieser Prozess 1999 abgeschlossen.²²⁵ Bis dahin bleiben die

217 Großheim, Michael; Weißmann, Karlheinz; Zitelmann, Rainer: Einleitung: Wir Deutschen und der Westen, in: Zitelmann, Rainer; Weißmann, Karlheinz; Großheim, Michael (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a.M. 1993, S. 9-17, hier S. 15.

218 A. a. O., S. 12.

219 A. a. O., S. 13.

220 Vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 89.

221 Rühe, Volker: Deutschlands Verantwortung. Perspektiven für das neue Europa, Frankfurt a.M. 1994, S. 140.

222 A. a. O., S. 139.

223 Rühe, Volker: Der Osten Mitteleuropas, Rußland und die Nato, in: Schmidt, Helmut (Hg.): Erkundungen. Beiträge zum Verständnis unserer Welt. Protokolle der Freitagsgesellschaft, München 2001, S. 272-280.

224 Warwick, Johannes: Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolizei?, München 2008, S. 40.

225 Vgl. Wessels, Wolfgang: Das politische System der Europäischen Union, Wiesbaden 2008, S. 88.

weiterführenden Schritte, in welche Richtung sich Europa entwickeln sollte und könnte bzw. welche Rolle hierbei Deutschland spielen müsste, umstritten. Die Unbestimmtheit eines europäischen Projektes erschwerte es umgekehrt auch dem neuen vereinigten Deutschland, sich über die eigene Rolle in Europa zu verständigen.²²⁶ Wie etwa Hans-Peter Schwarz betont, wurde Anfang der 1990er Jahre das europäische Projekt selbst mit einer deutschen »Mittellage« in Europa begründet, weshalb die »Deutsche Einheit« letztlich als Beschleuniger für die europäische Integration wirkte, aber im Laufe dieses Prozesses die »Mittellage« selbst unterschiedliche Konnotationen zuließ.²²⁷

In *Criticón* wird die Idee eines Europas als eines suprastaatlichen Gebildes abgelehnt. Klaus Hornung etwa konstruiert ein Europa der »deutschen Mitte«²²⁸ als Gegenmodell zu Maastricht-Europa. Danach müsse Deutschland eine »Balance zwischen Washington und Paris«²²⁹ finden, als eigenständiger »Machtfaktor«. Auch Kraus lehnt eine europäische Konzeption nach den Maastricht-Visionen ab. Die damit verbundene Westbindung werde aus seiner Sicht geradezu zum »Fetisch« erhoben und für »sakrosankt erklärt«²³⁰. Demgegenüber sollte sich Deutschland zunächst auf die »eigenen langfristigen Interessen als Großmacht in der Mitte Europas«²³¹ konzentrieren, erst danach dürfe über »Bündnisse« nachgedacht werden. Für Rohrmoser ist Europa nur in Anlehnung an Charles de Gaulle als Europa der Vaterländer möglich. Ein Europa als suprastaatliches Gebilde würde seiner Auffassung nach eine »Aufhebung der Nation«²³² bedeuten, worüber seiner Ansicht nach aber wenn überhaupt nur »das Volk selbst entscheiden«²³³ dürfe. Dem schließt sich auch Weißmann an, denn es könne keine andere politische Ordnungskategorie als die der Nation geben, da sich allein die Kompetenzen zwischen nationalem und internationalem Recht langfristig gegenseitig blockieren würden. Die Idee einer europäischen Einheit begrüßt er nur unter der Bedingung, dass dieses Europa nicht die nationale Selbstaufgabe bedeute. Weißmann argumentiert hier politisch-ökonomisch, wenn er anzweifelt, dass ein Europa der Gleichberechtigung der Staaten von der Grundanlage mehr als eine »EG« sein könne, denn Deutschland werde in den nächsten Jahren ökonomisch eine viel zu starke Rolle innerhalb Europas einnehmen. Das Konzept der EG wird damit gerade nicht verworfen, sondern die Idee von Maastricht wird dafür kritisiert, dass allein aus einem »gemeinsamen Markt« keine »wirklich[e] politisch[e] Einheit« werden könne.²³⁴ Weißmann trifft hier argumentativ eine gewisse Schwachstelle, denn über diesen Punkt²³⁵ wird bis heute gestritten und

226 Vgl. Lübke: Politik nach der Aufklärung, S. 215-237.

227 Vgl. Schwarz, Hans-Peter: Die Zentralmacht Europas. Deutschland Rückkehr auf die Weltbühne, Berlin 1994.

228 Hornung, Klaus: »Wir waren gern politische Zwerge und wollen es auch bleiben«, in: *Criticón* 133/1992, S. 208-209, hier S. 208.

229 Hornung, Klaus: Balance zwischen Washington und Paris, in: *Junge Freiheit* 35/1994, S. 11.

230 Kraus, Hans-Christof: Die deutschen Konservativen, England und der Westen, in: Zitelmann, Rainer; Weißmann, Karlheinz; Großheim, Michael (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a.M. 1993, S. 61-102, hier S. 89.

231 Ebd.

232 Rohrmoser: Der Ernstfall, S. 513.

233 Ebd.

234 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 173.

235 An diesem Punkt werden durchaus gewisse feinfühligke Kompetenzen zumindest in der Analyse und Kritik deutlich. Denn in *Criticón* wird schon relativ früh darüber diskutiert, welche zukünfti-

das ökonomische Ungleichgewicht führt heute dazu, dass von einer geoökonomischen Halbhegemonie Deutschlands in Europa die Rede ist.²³⁶ Doch auf der anderen Seite erweisen sich diese Kritikpunkte an Europa lediglich als Versuch, die eigene Konzeption, die für Weißmann bereits *a priori* feststeht, weiter zu betonen. Denn für Weißmann erfülle sich die deutsche Geschichte erst in dem Moment, da das neue Deutschland seine »Staatlichkeit« beweise – und zwar im Sinne Carl Schmitts, der davon sprach, dass ein Staat nur dann politisch handlungsfähig und souverän sei, wenn er seine »außenpolitische Handlungsfähigkeit« demonstriere.²³⁷ Damit ist grundsätzlich die Frage nach der politischen Richtung des neuen Deutschlands angesprochen, die nach der deutschen Vereinigung und dem Ende der Blockkonfrontation lagerübergreifend diskutiert wird. Gemeinsam ist diesen unterschiedlichen Ansätzen, dass sie staatliche Souveränität nur dadurch definieren, dass Staaten keine – oder zumindest möglich wenige – Bündnisse eingehen. Wenn überhaupt, dann sollten aus dieser Sicht Bündnisse allein machstrategischen Erwägungen folgen und damit lediglich kurzfristig angelegt sein, um für den eigenen (deutschen) Staat flexibel Handlungsoptionen offen zu halten. In jedem Fall werden Vorstellungen wie die einer Teilaufgabe außenpolitischer Souveränität, was der Grundimpuls für die Europäische Gemeinschaft als Friedens- und Handelsprojekt war, verworfen.

Da die alten Koordinaten der politischen Ausrichtung nach dem Ende der Sowjetunion hinfällig scheinen, wird neu über den weiteren Weg der Westintegration debattiert, wovor – wie bereits angedeutet – schon Habermas im Zuge der Vereinigungsdebatte ab 1989 warnte. Die Westintegration ist eine der größten politischen Leistungen Konrad Adenauers. Der erste deutsche Bundeskanzler musste diesen politischen Kurs gegen heftigste Widerstände durchsetzen, denn auf den ersten Blick schien der Primat des Westkurses eine Aufgabe der nationalen Einheit zu bedeuten. Adenauer erkannte realpolitisch, dass diese Einheit vorläufig nicht gegen die Sowjetunion zu realisieren sein werde, zumal dem katholischen Bundeskanzler gefühlsmäßig mehr an einer Aussöhnung mit Lothringen als an einer Rückgliederung von deutschen Landschaften lag, die die alte Bundesrepublik weniger katholisch machen würde. Deshalb forcierte er eine Politik der Stärke, um Westdeutschland politisch in den Westen einzubinden und um durch wirtschaftliche Prosperität auf Dauer attraktiver als der Osten zu sein, sodass er langfristig betrachtet doch an der Idee der Einheit festhielt. Doch für den Bundeskanzler war eine solche Überwindung von vorneherein nur als eine europäische Lösung denkbar, weshalb er die Integrationspolitik in den 1950er Jahren verstetigte. Demgegenüber versuchen Zitellmann und Weißmann, dieses Bild der Westbindung in ein anderes

ge gewichtige Rolle die Deutsche Mark im internationalen Vergleich für den europäischen Markt spielen werde. Weber kommt schon 1992 zu dem Schluss, dass die DM etwa im Vergleich zur Wirtschaftskraft von Frankreich oder anderen europäischen Ländern am meisten Bedeutung erhalten werde. Allerdings dreht Weber dieses Argument am Ende gewissermaßen um, denn dies würde bedeuten, dass die DM eine europäische Integration langfristig verhindern werde aufgrund des Überschusses, sodass die deutsche Währung bezüglich einer deutschen Interessenpolitik letztlich zum »stärksten Instrument deutscher Politik« werde, Weber, Joachim F.: Renaissance der Geopolitik. Deutschland in der Orientierungskrise, in: *Criticón* 129/1992, S. 31–33, hier S. 33.

236 Vgl. Kundnani: *German Power*.

237 Vgl. Weißmann: *Rückruf in die Geschichte*, S. 174.

Licht zu rücken. Sie kritisieren dabei, dass diese Ausrichtung nicht allein politisch-kulturelle Motive gehabt habe, sondern der »Westen« dabei überhöht worden sei: »Das Bekenntnis zur ›westlichen Wertegemeinschaft‹ hat damit fast den Charakter einer auf totalitäre Durchdringung der gesamten Gesellschaft gerichteten politischen Utopie angenommen.«²³⁸ Denn die grundlegende politische Legitimation der »Westintegration« sei neben ökonomischen Argumenten vor allem die »Abwehr der kommunistischen Bedrohung«²³⁹ gewesen. Indem dieser Kausalzusammenhang konstruiert und die »Westintegration« damit auf ein funktionales Moment reduziert wird, schlussfolgern sie umgekehrt, dass »mit dem Zusammenbruch des Kommunismus«²⁴⁰ diese Legitimation für obsolet erklärt werden könne. Denn nach Zitelmann dürfe man »aus der ›Westbindung‹ keine ›neue Religion‹ [...] machen, sondern sie [müsse] realpolitisch aus der Interessenlage des vereinigten Deutschland heraus«²⁴¹ begründet werden. Die »Westintegration« wird dabei nach außen hin nicht *per se* abgelehnt, sondern man spricht sich aus gegen eine vermeintlich moralisierte Legitimation dieser Richtungsentscheidung, wenn sich diese gegen ein vermeintlich deutsches »Sonderbewußtsein«²⁴² wende. Solange dies nicht der Fall sei – wofür Zitelmann und Weißmann England und Frankreich als Exempel anführen – sei diese Westintegration auch nicht abzulehnen. Mit Hilfe dieses rhetorischen Taschenspielertricks wird einerseits eine offene Infragestellung der Westbindung umgangen, andererseits wird diese in die weite Zukunft verschoben, weil der Primat dadurch auf den Aufbau staatlicher Souveränität und einer eigenständigen deutschen Außenpolitik gelegt wird.²⁴³

Zitelmann kritisiert die seit Adenauer verfolgte Politik der Westintegration. Zwar könne seit der Vereinigung der Erfolg dieser Strategie nicht bestritten werden, er wehrt sich aber gegen die »Tendenz zur Idealisierung Adenauers«²⁴⁴. Dem stellt er in seinem Buch *Demokraten für Deutschland* die deutschlandpolitischen Konzeptionen u.a. von Jakob Kaiser, Kurt Schumacher, Thomas Dehler und Gustav Heinemann gegenüber. Zitelmann möchte mit diesem Vergleich Adenauers Deutschlandpolitik neu bewerten und intentional relativieren. Denn wenn die Westintegration auf lange Sicht wirklich zur deutschen Vereinigung geführt habe, dann dürfe man nicht von einem späten Sieg Adenauers, sondern müsse »eher von einem späten Sieg Kurt Schumachers sprechen.«²⁴⁵ Zitelmann betont auch an anderer Stelle, dass Adenauers Politik die möglichen »Wiedervereinigungs-Alternativen in den vier Jahrzehnten vor 1989 torpedierte«²⁴⁶. Er lehnt dabei eine strukturelle Gegenüberstellung von Westorientierung nach Adenauer und »Neutralismus« ab. Für Zitelmann sind diese beiden Koordinaten

238 Großheim/Weißmann/Zitelmann: Einleitung, S. 10.

239 A. a. O., S. 12.

240 Ebd.

241 Zitelmann: *Wohin treibt unsere Republik?*, S. 189.

242 Großheim/Weißmann/Zitelmann: Einleitung, S. 10.

243 Es finden sich nur wenige Stimmen, die dem »Westen« offen eine Absage erteilen und demgegenüber einen neuen »deutschen Sonderweg« fordern mit »gute[n] deutsch-russische[n] Beziehungen«, Schußlburner, Josef: *Der ewige Machtkampf. Geopolitik und die Lehren des Kautilya*, in: *Criticón* 133/1992, S. 225-230, hier S. 230; vgl. auch Schußlburner: *Abschied von Adenauer*, S. 136.

244 Zitelmann: *Demokraten für Deutschland*, S. 9.

245 A. a. O., S. 11.

246 Großheim/Weißmann/Zitelmann: Einleitung, S. 16.

nur bedingt Gegensätze. Für diese These differenziert er beide Begriffe in jeweils zwei Ebenen aus. Denn der »Neutralismus« könne sich ebenso gegen gesellschaftliche, kulturelle und ökonomische Kooperationen oder auch militärische Bündnisse richten wie auch die »Westorientierung«. Sie könnten sich aber auch beide im Sinne dieser Politik ausrichten.²⁴⁷ Hierdurch meint Zitelmann, den Antagonismus zwischen Neutralismus und Westorientierung auflösen zu können und dadurch eine Art Mittelweg gehen zu können. Denn so kann er zwar behaupten, weiterhin an der militärischen Kooperation vor allem mit der NATO festhalten zu wollen.²⁴⁸ Aber gleichzeitig kann er so auch ganz nebenbei anfügen, dass aufgrund der strukturellen Umbrüche im internationalen Staatensystem und dem Ende des Ost-West-Konfliktes die politische Legitimation der Westintegration obsolet sei, weil ansonsten nur die »Totalintegration in die Europäische Gemeinschaft«²⁴⁹ übrig bleibe, welche Zitelmann ablehnt. Gerade diese »Utopie eines europäischen Bundesstaates«, wie sie aus Sicht von Zitelmann auch Helmut Kohl vertrete, sei aufgrund ihrer vermeintlichen Alternativlosigkeit ein entscheidender Grund, weshalb viele verschiedene politische Strömungen in ihrer Ablehnung jedenfalls in diesem Punkte übereinstimmen würden, von den »jüngeren Rechten«, den »früheren ›Nationalneutralisten‹« bis zu den »älteren Liberalkonservativen«.²⁵⁰ Allerdings hieß es noch zuvor bei Zitelmann und Weißmann: »Westorientierung und Westbindung [werden] nicht als rationale Entscheidungen begründet und diskutiert [...], sondern von linksliberalen und konservativen Intellektuellen metaphysisch verklärt«²⁵¹. Hiermit kritisierten sie damit noch ein Jahr zuvor die etablierten konservativen Intellektuellen gerade mit dem Argument, dass die Konservativen in der Bundesrepublik seit der Nachkriegszeit an die Stelle der Nation die Westintegration gesetzt, diese beiden Prinzipien also als Gegensätze betrachtet hätten. Und hierbei zeigt sich auch ein Unterschied zwischen Zitelmann und Weißmann, denn Weißmann plädiert als Gegenposition zur Westbindung explizit für einen »Neutralismus« zwischen West und Ost. Er kritisiert dabei, dass sich nach 1989 die sogenannte »Westbindung« als »ideologisches Versatzstück überlebt habe und falsches Bewußtsein speise. Hier tut sich der Graben zwischen der ›Neuen Rechten‹ und den ›Verfassungspatrioten‹ auf«²⁵². Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass sich Weißmann hier 1994 erstmals nicht mehr als Konservativen beschreibt.

In diesem Kontext bildet sich ein tiefsitzender Gegensatz, der sich an der Verwendungsweise der Begrifflichkeiten zeigt: zwischen Westbindung, Westorientierung und Westintegration. »Westbindung« meint dabei prinzipiell die militärische Einbindung beispielsweise in die NATO, die entsprechend der jeweiligen Mittellage-Vorstellung unterschiedlich bewertet wird. Zumindest wird die damit assoziierte »Totalwestintegration Deutschlands in einen europäischen Bundesstaat«²⁵³ kategorisch abgelehnt, so-

247 Vgl. Zitelmann, Rainer: Neutralitätsbestrebungen und Westorientierung, in: ders.; Weißmann, Karlheinz; Großheim, Michael (Hg.): Westbindung. Chancen und Risiken für Deutschland, Frankfurt a.M. 1993, S. 173-193, hier S. 175.

248 A. a. O., S. 188.

249 A. a. O., S. 189.

250 Vgl. Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 188.

251 Großheim/Weißmann/Zitelmann: Einleitung, S. 10.

252 Weißmann: Die Nation denken.

253 Großheim/Weißmann/Zitelmann: Einleitung, S. 15.

dass nationale Souveränität gegen eine Verabsolutierung der »Westintegration« als vermeintlich nationale Selbstaufgabe ausgespielt wird. Zitelmann etwa verwendet den Begriff der »Westintegration« teilweise auch wie den der »Westbindung«, um öffentlich anschlussfähig zu sein. Er meint damit aber gerade nicht die politisch-kulturelle Dimension der »Westbindung«, sondern spricht damit lediglich die militärische Kooperation an. Über diese Umdeutung wird das Verhältnis von Deutschland zum Westen funktionalistisch bestimmt und dadurch bejaht, denn diese militärische Komponente müsse unterstützt werden, »um eine Isolierung des Landes in der Mitte zu vermeiden.«²⁵⁴ Kraus betont neben der politisch-militärischen Komponente zugleich, dass eine »Abkehr vom Westen« »ökonomisch ruinös«²⁵⁵ sei. Die dritte Dimension der »Westorientierung« als eine kulturelle Legitimation einer solchen politischen Richtungsentscheidung, wie sie auf der anderen Seite immer wieder durch Habermas ins Spiel gebracht wurde, wird grundlegend von allen hier behandelten Intellektuellen abgelehnt.

Auf die weltpolitischen Umbrüche folgen in kürzester Zeit neue Auseinandersetzungen. Die Geschichte endet offenbar nicht. Bereits im August 1990 beginnt der Zweite Golfkrieg, bei dem sich Deutschland militärisch nicht beteiligt. Fast zeitgleich bricht in Jugoslawien der Bürgerkrieg aus, der die grundlegenden Fragen nach dem weltpolitischen Gleichgewicht und der Rolle der USA stellt. Außerdem befördern die Ereignisse in den ehemaligen sowjetischen Satellitenstaaten den politischen Konflikt um die weltpolitische Ausrichtung von Deutschland und Europa. Dabei zeigen sich Risse im konservativen Lager, denn bei der Debatte treten grundlegende ideologische Konflikte zu Tage. Im Zuge des Golfkriegs verschärft sich die Spaltung zwischen Atlantikern und Gaullisten. Die »Atlantiker«, deren Zahl im konservativen Lager beständig abnimmt, lehnen zwar einen »amerikanischen Einfluss« und die »amerikanische Ideologie«²⁵⁶ ab, befürworten aber militärische und politische Kooperationen und daher eine westliche Bündnispolitik. Sie kritisieren beispielsweise die passive Rolle Deutschlands im Golfkrieg und plädieren für eine stärkere militärische Verantwortung Deutschlands in der Weltpolitik. Die »Gaullisten« propagieren einen offenen Antiamerikanismus: Ihr Schwerpunkt liegt auf einer größtmöglichen politischen und militärischen Eigenständigkeit Deutschlands. Dabei tritt deutlich zum Vorschein, dass die USA als »Hauptfeind« angesehen werden, weil ihnen vorgeworfen wird, ihre »Neue Weltordnung« mittels der UNO auch gegen die Interessen der Nationalstaaten durchsetzen zu wollen. Dieses Misstrauen reicht sogar so weit, dass die Forderung nach einem Austritt aus der UNO diskutiert wird.²⁵⁷ Diesem Primat der nationalstaatlichen Eigenständigkeit folgend, wird konsequenterweise aus der Mittellage-Debatte eine Mitteleuropa-Konzeption abgeleitet.²⁵⁸ Diese betont Deutschlands geographische Mittellage als Kern Europas, weshalb die Frage nach einer weiterführenden Bündnispolitik von dieser geopolitischen Frage

254 A. a. O., S. 16.

255 Kraus: Die deutschen Konservativen, England und der Westen, S. 89.

256 Molnar, Thomas: Political Correctness. Ein kultureller Kampfbegriff beherrscht Amerikas Hochschulen, in: *Criticón* 139/1993, S. 235-237, hier S. 237.

257 Vgl. Schüßlburner, Josef: Die Deutschen und die UN-Ordnung. Schlußfolgerungen aus dem Golfkrieg, in: *Criticón* 124/1991, S. 61-63, hier S. 63.

258 Vgl. Molnar, Thomas: Was erwartet Mitteleuropa von Deutschland? Eine ungarische Stimme, in: *Criticón* 126/1991, S. 171-173.

abhängig gemacht werden müsse. Solche Auffassungen richten explizit die Bündnispolitik Deutschlands stärker Richtung Osten aus, um die ehemaligen Satellitenstaaten in diese Vorstellung von einem politischen Europa miteinzubeziehen.²⁵⁹ Hierdurch wird der Mitteleuropa-Gedanke als politisch-geographisches Alternativkonzept zur europäischen Einigung nach Maastricht positioniert.²⁶⁰ Kurzzeitig diskutiert man sogar über den Neutralismus, also die Maxime einer unbedingten außenpolitischen Unabhängigkeit und eine kategorische Verweigerung von militärischen oder politischen Bündnissen – egal ob nach Ost oder West. Im Vordergrund steht dabei die absolute Unabhängigkeit des Nationalstaats, die einzige Bündnispolitik sei demnach ein loses »Europa der Vaterländer«.²⁶¹ Dieser Konflikt steht unterschwellig zwischen den außenpolitischen Debatten, wie dem Golfkrieg und dem Bürgerkrieg im ehemaligen Jugoslawien, die ausführlich geführt werden.²⁶² Heimo Schwillk veröffentlicht über den Golfkrieg 1991 ein Werk, in dem er einerseits die US-Strategie kritisiert, in die Deutschland militärisch indirekt einbezogen wurde, andererseits prangert er darin die Mediendynamik an, die teilweise gar eine »Medienlenkung«²⁶³ gewesen sei, mit der der westlichen Öffentlichkeit seiner Ansicht nach ein verzerrtes Bild des Krieges und dessen Ursachen wiedergegeben worden sei. Gerade weil Schwillk dadurch ein diffuses Bild über die Rolle der USA als einer neuen »Weltmacht« zeichnet, wird das Buch in *Criticón* gelobt.²⁶⁴ Aber auch der Jugoslawien-Krieg wird ausführlich behandelt.²⁶⁵ Hierbei steht vor allem die kulturelle Dimension im Vordergrund, weil Jugoslawien ein »balkanische[s] Völkergefängnis«²⁶⁶ sei. Einerseits gilt die Krise als Ausdruck der Unterdrückung nationalistisch-separatistischer Bestrebungen. Andererseits zeige sich darin ein internationaler Versuch, angelsächsische Interessen durchzusetzen, womit eben auch ein Führungsanspruch Deutschlands auch in Osteuropa verhindert werde. Der Balkan wird damit zum Sinn- und Vorbild für jungkonservative Mitteleuropa-Vorstellungen stilisiert. Denn wie durch Europa zwischen West und Ost verlaufe auch quer durch den Balkan eine Kulturgrenze zwischen einem »weströmisch-europäische[m] Kroatentum« und einem »orthodoxe[n], hinterlistige[m] byzantinisch-osmanische[n]« Serbien«²⁶⁷. Der Balkan sei zwar in vielen Teilen ähnlich, es gebe aber unüberbrückbare gesellschaftliche Spaltungslinien. In der Zeitschrift *Criticón* findet dabei die Position ausgiebig Raum, die für ein unabhängiges Kroatien plädiert. Diese wird historisch mit einer Analogie zu den »Fronten von 1918«

259 Vgl. Schlierer, Rolf: Wiedervereinigung und Europäische Union, in: *Criticón* 113/1989, S. 113-116; Hahn, Karl-Eckhard: Westeuropäische Integration, mitteleuropäisches Tauwetter und die deutsche Frage, in: *Criticón* 113/1989, S. 117-121.

260 Vgl. Weißmann: Die konservative Option, S. 130; Storz, Dieter: Zum bündnispolitischen Status eines wiedervereinigten Deutschland, in: *Criticón* 119/1990, S. 125-128; Huyn, Hans Graf: Mitteleuropa und die Sicherheitsfrage. Eine außenpolitische Herausforderung, in: *Criticón* 126/1991, S. 191-194.

261 Vgl. Ströhm, Carl Gustaf: Neutral – warum eigentlich nicht?, in: *Criticón* 118/1990, S. 61-62.

262 Vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 130.

263 Schwillk, Heimo: Was man uns verschwieg. Der Golfkrieg in der Zensur, Frankfurt a.M. 1991, S. 8.

264 Scribifax [=Mohler, Armin]: Scribifax las für Sie, in: *Criticón* 128/1991, S. 319.

265 Vgl. Dengler, Johann Josef: Was bleibt von Jugoslawien?, in: *Criticón* 126/1991, S. 189-190.

266 Schwartz, Mladen: Der Kampf um Bosnien, in: *Criticón* 141/1994, S. 53-54, hier S. 54.

267 Detela, Lev: Slowenisches Kriegstagebuch 1991, in: *Criticón* 127/1991, S. 227-229, hier S. 229.

begründet, was die geschichtsrevisionistische Tendenz offen anzeigt. Während Kroatien mentalitätsgeschichtlich Ähnlichkeiten mit Deutschland zugerechnet werden und es daher in den Dienst der deutschen Ordnungspolitik in Osteuropa genommen werden könne, wird der serbische Nationalismus vehement abgelehnt, schließlich sei allein Serbien schuld an der Eskalation.²⁶⁸ Die Situation in den osteuropäischen Ländern verstärkt dabei die Auseinandersetzung um die Rolle Deutschlands. Die Bundesrepublik solle demnach in jedem Fall militärisch intervenieren. Aber ob sie auch wirtschaftliche Unterstützung leisten müsse, ist umstritten. Denn die Situation Kroatiens offenbare die »Scheinheiligkeit des Westens«, weshalb hieraus teilweise die Notwendigkeit abgeleitet wird, den kroatischen Kampf um »Selbstbestimmung« unterstützen zu müssen.²⁶⁹ Und sobald sich ein Debattenstrang auf dieses Fahrwasser der kulturellen Begründung für Deutschlands Rolle in Osteuropa begibt, zeigt sich eruptiv ein revanchistischer Wesenszug. Dies wird vor allem daran deutlich, dass die Thematik der deutschen Unterstützung osteuropäischer Länder – sei es militärisch, politisch oder ökonomisch – schnell umschlägt und umgekehrt in Einzelforderungen umkippt. Wenn es um die Unterstützung osteuropäischer Länder wie Polen oder Tschechien geht, werden sofort Forderungen erhoben, dass es diese Hilfe nur gegen Rückgabe der ehemals deutschen Gebiete gebe.²⁷⁰ Eine solche Position muss nicht prinzipiell für den gesamten politischen Kurs des Lagers gelten, aber es ist bezeichnend, dass solche Forderungen einen erheblichen Raum erhalten und nachfolgend weder Kritik noch Gegenrede erfahren.

Hiermit ist bereits angedeutet, dass sich in diesem Beziehungskomplex aus Geopolitik, einer neuen internationalen Rolle Deutschlands und der sogenannten Mittellage auch in diesem Bereich wechselseitig die politischen Forderungen verschärfen und radikalisierten bzw. die geopolitische Argumentation unter Umständen lang ersehnte Wünsche offen zutage treten lässt: Die konkrete Ausformung eines mitteleuropäischen Großraums bleibt dabei allerdings unklar, wird zumindest nicht offen benannt. Ein Teil plädiert für einen starken Nationalstaat in Anlehnung an Preußen, andere plädieren offen für den Reichsgedanken. Auf der einen Seite lehnt beispielsweise Schüßlburner eine solche Reichsidee strikt ab, weil sie ahistorisch sei und zudem dazu führe, dass »deutsche Interessen« dann zu kurz kommen würden.²⁷¹ Auf der anderen Seite plädiert Hans-Christof Kraus verborgen in Form von Autorenporträts – beispielsweise einem über Carl Ernst Jarcke, das er dem kurz zuvor verstorbenen Bernard Willms widmet – für einen solchen Reichsgedanken, der diametral gegen einen preußisch-militäri-

268 Vgl. Ströhm, Carl Gustaf: Tudjman und die Medien, in: *Criticón* 119/1990, S. 141; Sunic, Tomislav: Woodrow Wilsons Niederlage in Jugoslawien. Die USA und der Krieg auf dem Balkan, in: *Criticón* 122/1992, S. 233–236, hier S. 236.

269 Hatzenbichler, Jürgen: Selbstbestimmung oder Krieg, in: *Junge Freiheit* 10/1991, S. 1. Mladen Schwartz, der in *Criticón* regelmäßig über den Balkan schreibt, geht Anfang der 1990er sogar selbst in den kroatischen Widerstand und gründet 1994 die rechtsextreme Partei »Neue Kroatische Rechte«; zur Person Mladen Schwartz, vgl. Schmidt: Die Neue Rechte und die Berliner Republik, S. 160–168.

270 Vgl. Schüßlburner: Der ewige Machtkampf, S. 229f.

271 Schüßlburner, Josef: Die EG und der deutsche Europaausgang. Wider das vagabundierende Reichsbewußtsein, in: *Criticón* 129/1992, S. 25–29.

schen Nationalismus in Stellung gebracht wird.²⁷² Allerdings bleibt auch die konkrete Bedeutung, wofür genau »Preußen« stehen soll, im Unklaren. Zwar wird damit eine obrigkeitsstaatliche Tradition angesprochen, mit einer prinzipiellen Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, einem eigenständig-unabhängigen starken Beamtentum jenseits ökonomisch-politischer Prozesse sowie einem Postulat der politischen Tugend des »Untertanen«, also zumindest der Verpflichtung zu Loyalität und der Bereitschaft, der Autorität zu folgen. Aber dahinter verbergen sich ganz unterschiedliche politische Programme, sodass »Preußen« allein Chiffre bleibt.²⁷³ Die Mittellage wird überdies mentalitätsgeschichtlich aufgeladen und offenbart hierdurch zugleich einen völkischen Charakter. Weißmann sieht die Bedeutung Deutschlands in einer Mittler-Funktion zwischen universalistischem Westen und partikularistischem Osten. Denn die Deutschen hätten in ihrem Nationalcharakter eine besondere »Begabung«²⁷⁴, die sie für eine »spezifische Vermittlerfunktion«²⁷⁵ prädestiniere: »Man hat den Deutschen – mit Recht – nachgesagt, daß sie nicht nur geographisch im Zentrum liegen, daß sie auch im Geistigen zur Synthese neigen, kein ›Volk des Entweder-Oder‹, sondern ein ›Volk des Sowohl-als-Auch‹ (Ernst Jünger).«²⁷⁶ Damit erhält Deutschland in Bezug auf die »Mittellage« vor allem bei Weißmann geradezu einen vulgär-metaphysischen Charakter, der eine geschichtsrevisionistische Intention zur Folge hat.²⁷⁷ Denn wenn Deutschland in der Mittellage liege, dann sei die DDR das eigentliche »Mitteldeutschland«²⁷⁸ und die »deutschen Ostgebiete« wie die ostpreußischen, pommerschen und schlesischen Gebiete gehörten dementsprechend auch zu Deutschland dazu.²⁷⁹ Die Vollendung eines vereinigten Deutschlands stehe dann, folgt man diesem Mittellage-Gedanken, weiterhin aus.²⁸⁰

Geopolitische Grundstrukturen als Koordinaten für politische Entscheidungen wurden gerade in konservativen Kreisen nach 1989 immer stärker diskutiert. Die *Junge Freiheit* führt gar eine eigene Forumsseite für »geopolitische Kontroversen« ein.²⁸¹ Schrenck-Notzing verbindet schließlich mit dem »Paradigmenwechsel« und dem neuen »Willen zur Selbstbehauptung, [...] [der] Unvermeidlichkeit, eine Nation zu sein« auch die Forderung eines neuen geopolitischen Denkens. Denn die aus seiner Sicht zu begrüßende Errungenschaft, dass es »Völker, Grenzen, historische

272 Vgl. Kraus, Hans-Christof: Autorenporträt Carl Ernst Jarcke (1801-1852), in: *Criticón* 124/1991, S. 57-60.

273 Vgl. Roth: Revisionistische Tendenzen in der historischen Forschung über den deutschen Faschismus, S. 46.

274 Weißmann: Jahre der Entscheidung, S. 272.

275 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 132.

276 Weißmann: Jahre der Entscheidung, S. 272.

277 Genau dafür wird Weißmann beispielsweise in der *Jungen Freiheit* auch gelobt, schließlich sei »Ostpreußen« stets ein »Deutsche[s] Symbol« gewesen, Meidinger, Götz: Die Wiederkehr Königsbergs, in: *Junge Freiheit* 1-2/1991, S. 11.

278 Weißmann, Karlheinz: Die Zeichen des Reiches. Symbole der Deutschen, Asendorf 1989, S. 148.

279 Vgl. a.a.O., S. 158.

280 Dieser Gedanke wird auch in *Criticón* weiter aufgegriffen, denn die Hoffnung auf ein neues Deutschland wird dadurch verbunden mit der Hoffnung, dass Deutschland an seinen »natürlichen Raum« rückt: »in die Mitte des Kontinents«, Ströhm, Carl Gustaf: Die Rückkehr nach Mitteleuropa, in: *Criticón* 117/1990, S. 17-18, hier S. 17.

281 Vgl. Ricken, Christian: Strategischer Wille und politische Macht, in: *Junge Freiheit* 9/1994, S. 13.

und geographische Lagen« gebe, müsse »erst wieder mühsam gelernt werden«, denn »die Träger unserer Politischen Bildung sind für diesen Lehrstoff so geeignet wie ehemalige Stasi-Offiziere für den Verfassungsschutz.«²⁸² An der sich verselbstständigenden Bedeutungszuschreibung der Geopolitik im Laufe der 1990er Jahre wird der Unterschied zwischen den Ansprüchen der selbsternannten Konservativen und der machtpolitischen Realität immer deutlicher: denn in der deutschen Außenpolitik zeigt sich Anfang der 1990er Jahre die größte Kontinuität im Vergleich zu den 1980er Jahren.²⁸³ Diese verband sich vor allem mit zwei Tendenzen, der militärischen Zurückhaltung und einer zunehmenden europäischen Integration.

An diesem Kontrast lässt sich abermals eine Tendenz zur Radikalisierung feststellen. Denn im Laufe der 1990er Jahre werden die oben bereits angesprochenen Positions- und Lagerbestimmungen für außenpolitische Richtungsentscheidungen teilweise deutlich verschärft. Die Kritik an der EU-Politik nach Maastricht, die ja in einzelnen Ansätzen zumindest diskutierbare Punkte haben kann, findet schnell ihre Zuspitzung in einer Fundamentalablehnung, wenn Klaus Hornung die EG als ein »optimales Instrument« beschreibt, um Deutschland einen »Nasenring«²⁸⁴ zu verpassen.²⁸⁵ Schüßlburner nennt Maastricht deshalb auch einen neuen »Versailler Vertrag ohne Krieg«²⁸⁶. Armin Mohler wiederum propagiert abermals sein Gaullismusverständnis, wie er es schon in den 1980er Jahren tat, was angesichts der Entwicklung der internationalen Politik aber immer anachronistischer wirkt. Denn die internationale Souveränität und Unabhängigkeit Deutschlands könne nach Mohler nur mit einer engen Kooperation mit dem französischen Bündnispartner gelingen. Aber diese Bündnispolitik Deutschland-Frankreich verlange zugleich eine kategorische Frontstellung gegenüber allen anderen internationalen Mächten, denn besonders die »Sowjetrussen« und die »Angelsachsen« seien grundlegende »Feinde«.²⁸⁷ Gegen die neuerlichen Vorstöße von Mohler wendet sich besonders Schüßlburner, denn Frankreich sei wirtschaftlich, militärisch und politisch ein Konkurrent für das neue Deutschland und daher aus geopolitischen Überlegungen heraus der »potentielle Feind«²⁸⁸. Die Speerspitze dieser geopolitischen Radikalisierung stellt aber Thomas Molnar dar, der in radikalem Gestus und verschwörungstheoretischem Einschlag provoziert, wenn er diese Position dahingehend zuspitzt, dass Frankreich letztlich ein »kontinentaler Agent der Angelsachsen«²⁸⁹ sei. Daher sei nur eine »mitteleuropäische Föderation« denkbar, in der Deutschland die zentrale Führungsrolle einnehme: »Entgegen den Träumen von Brüssel und Straßburg (in Wirklichkeit Alpträumen von Robotern) hat allein Deutschland den Willen, die Mittel und die Berufung Mittel- und Osteuropa aufzubauen [...] ein

282 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: Criticón 133/1992, S. 207.

283 Vgl. Görtemaker: Die Berliner Republik, S. 59.

284 Hornung, Klaus: Großbritannien will Großserbien, in: Criticón 138/1993, S. 156.

285 Ähnlich Eschenbach, Hans: Die politischen Hintergründe für Maastricht. Jenseits von Angebot und Nachfrage, in: Criticón 132/1992, S. 165-167.

286 Schüßlburner, Josef: Deutschfeindlichkeit und Ausländerexotismus. Zur Ideologie der Multikulturellen Gesellschaft, in: Criticón 134/1992, S. 277-282, hier S. 279.

287 Vgl. Mohler, Armin: Deutsche Außenpolitik. Oder: die Bundesrepublik hat Gliederzerren, in: Criticón 68/1981, S. 303-307.

288 Schüßlburner: Der ewige Machtkampf.

289 Molnar: Was erwartet Mitteleuropa von Deutschland?, S. 172.

[...] hegemonialer Lebensraum Mitteleuropa als Magnet und als Quelle für Wohlstand und Kultur des Kontinents.«²⁹⁰ Diese völkisch-kulturpessimistische Position zählt zu den radikalsten Forderungen, die überhaupt in *Criticón* verhandelt wurden. Sie findet zwar auch in dem Blatt wenig offene Zustimmung, aber es dürfte bezeichnend sein für den sich verselbstständigenden und verschärfenden Kurs, dass auch diese eindeutig rechtsradikalen Positionen bestehen können. Der Wunsch nach einem neuen Deutschland als vereinigt-vollendeter Nation prägt auch die Auseinandersetzung um die Deutungen der DDR.

Auch die weltpolitischen Umbrüche und Ereignisse in der DDR werden ab Mitte des Jahres 1989 ausgiebig debattiert. Die Proteste, die dann schnell zur »friedlichen Revolution« stilisiert wurden²⁹¹, werden auch in *Criticón* wohlwollend registriert. Doch dabei stehen weniger die Belange der DDR-Bevölkerung im Vordergrund, zumindest wird relativ wenig über diese diskutiert, sondern dabei finden vor allem die dadurch potenziell ausgelösten Kettenreaktionen Interesse.²⁹² Die Ereignisse in der DDR werden positiv gedeutet, teilweise heroisiert und vereinnahmt als Vorbildcharakter und Initialzündung für politische Entwicklungen in der Bundesrepublik. Denn die sogenannte Friedensbewegung in der DDR belege, so zumindest Walter Rix, dass sich die DDR-Bevölkerung von dem staatlich verordneten Antifaschismus, also einer »von den Intellektuellen gezüchteten Neurose«²⁹³ erfolgreich habe befreien können. Deshalb sei es prinzipiell möglich, den »Schritt von der Vergangenheitsbewältigung zur Zukunftsgestaltung«²⁹⁴ zu gehen, was Rix auf die westdeutsche Bevölkerung überträgt. Dass die bundesrepublikanischen Intellektuellen in jener Phase verstummen, deutet Rix als beginnenden Hegemonieverlust der Linken im vereinten Deutschland. *Criticón* nennt kurz darauf eine Ausgabe (Nr. 118 von März 1990) entsprechend auch das »Waterloo der Intellektuellen«.²⁹⁵ Nach dem Fall der Berliner Mauer postuliert die Zeitschrift eine »deutsche Wende« und Schrenck-Notzing fordert »auch für die Bundesdeutschen« das »Selbstbestimmungsrecht«²⁹⁶ ein. Für Armin Mohler beginne mit dem 9. November 1989 der »Ernstfall«. Während die DDR-Bevölkerung, die »deutschen Brüder«, ihren »Volkswille[n]«²⁹⁷ bereits bestätigt habe, müsse nun die westdeutsche Bevölkerung in diesem Ernstfall bestehen.²⁹⁸ Die ostdeutsche Bevölkerung wird damit in den Umbruchsjahren stilisiert als nationale Einigungsbewegung, als der Beginn auch bundesre-

290 A. a. O., S. 171f.

291 Diese Stilisierung zur »Revolution« – unabhängig ob als nachholende (Habermas) oder protestantische (Neubert) – verwundert schon zeitgenössisch Hans Joas und Martin Kohli: »Daß ein Staat bei einem äußeren Anstoß wie ein Kartenhaus zusammenfällt, ist mit dem üblichen Begriffsverständnis von ›Revolution‹ schwer verträglich« (Joas, Hans; Kohli, Martin: Der Zusammenbruch der DDR: Fragen und Thesen, in: Joas, Hans; Kohli, Martin (Hg.): Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt a.M. 1993, S. 7–28, hier S. 9).

292 Vgl. Fötisch, Dieter: Die Wahlen in der Noch-DDR, in: *Criticón* 118/1990, S. 72.

293 Rix, Walter T.: Vom Verstummen der Intellektuellen. Sprachverlust und Sprachschöpfung im Angesicht der deutschen Ereignisse, in: *Criticón* 118/1990, S. 67–70, hier S. 69.

294 A. a. O., S. 67.

295 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 118/1990, S. 51.

296 Critilo [=Schrenck-Notzing, Caspar von]: Editorial, in: *Criticón* 116/1989, S. 259.

297 Mohler: Der Nasenring, S. 319.

298 Vgl. a.a.O., S. 318f.

publikanischer Umbrüche. Zwar wird sich in kürzester Zeit diese Heroisierung schnell wieder wandeln und infolge der schleppenden Entwicklungen und der wirtschaftlichen Stagnation werden sich – wie im Gros der bundesrepublikanischen Bürgerschaft – diese Erwartungshaltungen in ihr Gegenteil verkehren. Aber der hier zutage tretende Impuls und das Grundmotiv über die Qualität der durch die DDR-Entwicklungen angestoßenen Veränderungen bleiben bestehen. Denn wie es Zitelmann formuliert: »Wiedervereinigung bedeutet *auch*: die Vereinigung des westdeutschen, von 1968 geprägten linksliberalen Establishments mit Teilen der herrschenden Klasse der ehemaligen DDR.«²⁹⁹ Damit wird die implizite Hoffnung auf den bundesrepublikanischen Wandel deutlich, der von diesen Umbrüchen ausgehen soll.

Als die Einheit dann kam, wurde sie ausgiebig gelobt. Denn wie Weißmann betont, sei die »Wiedervereinigung« zu diesem Zeitpunkt ein »Wunder« gewesen, und gerade Helmut Kohl sei zu verdanken, diesen historischen Augenblick erkannt zu haben.³⁰⁰ Überhaupt werden der Kanzler, der zuvor gerne spöttisch abgetan und für seine geistige Führungsschwäche kritisiert worden ist, und sein Einsatz für die Deutsche Einheit ausgiebig gewürdigt.³⁰¹ Kohl habe im richtigen Moment den »Gang der Dinge«³⁰² bestimmt, weshalb ihm die Vereinigung zu verdanken sei. Aber auch Wolfgang Schäuble wird zugebilligt, dabei »zielstrebig gehandelt« zu haben.³⁰³ Selbst Armin Mohler würdigt in diesem Zusammenhang die Führungsqualitäten des Kanzlers.³⁰⁴ Rückblickend heißt es auch in der *Jungen Freiheit*, die Einheit sei ein »Wunder« gewesen, dabei spezifiziert Dieter Stein im Nachklang, was das eigentliche »Wunder« daran gewesen sei: Die »Revolution des Nationalen des 9. November«³⁰⁵. Doch diese Rückkehr des Nationalen und der Nation auf die weltgeschichtliche Bühne werden dabei keineswegs den Protagonisten dieser »friedlichen Revolution« in der DDR zugesprochen. Denn während der Vereinigungsdebatte 1989/90, als noch um die weiteren politischen Entwicklungen gerungen wird und die Frage nach einer deutsch-deutschen Vereinigung offen ist, spricht man sich in *Criticón* schon vehement gegen die Bestrebungen aus, die DDR als eigenständigen Staat zu erhalten. Die ostdeutsche Demokratiebewegung und ihre »Runden Tische« werden kategorisch abgelehnt: »Fast alle am ›Runden Tisch‹ vertretenen Organisationen gehen in ihren Ursprüngen auf die Friedensbewegung der frühen 80er Jahre zurück, die in der DDR zeitgleich mit der Bundesrepublik entstand. Aus dieser Tradition resultiert [sic!] die Zersplitterung, das Mißtrauen gegenüber dem eigenen Führungspersonal, die Unfähigkeit, aus unverbindlichen Strukturen zu klaren Organisationsformen zu kommen und das rein moralische Verhältnis zu politischen Machtfragen.«³⁰⁶ Auch sonst werden neben vermeintlich politisch-organisatorischen

299 Zitelmann: Wohin treibt unsere Republik?, S. 10 (Herv. i. O.).

300 Vgl. Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 110.

301 Greve, Uwe: Auf Biegen und Brechen. Die CDU vor der größten Herausforderung ihrer Geschichte [I], in: *Criticón* 131/1992, S. 125-129, hier S. 128.

302 Weißmann: Rückruf in die Geschichte, S. 111.

303 Greve: Auf Biegen und Brechen, S. 128.

304 Vgl. Mohler: Der Nasenring, S. 319f.

305 Stein, Dieter: Das Wunder der Einheit, in: *Die Junge Freiheit* 45/1994, S. 1.

306 Weißmann: Die Linke und das Ende des Posthistoire, S. 20.

auch kulturelle Argumente dafür angeführt, dass die DDR sich in jedem Fall auflösen und mit der Bundesrepublik vereinigt werden müsse. Doch wie diese Vereinigung politisch aussehen solle, bleibt auch innerhalb des *Criticón*-Lagers umstritten.³⁰⁷ Diese Konservativen sind von den Vereinigungs- und Umbruchsphasen überrumpelt. Vor allem die Jungkonservativen gefielen sich zuvor gerne als die vermeintlich Einzigen, die in der Lage seien, die deutsche Zweistaatlichkeit rückgängig zu machen. Doch als die deutsche Vereinigung verwirklicht wird, verliert diese Pose an Bedeutung. Das Thema »Deutsche Einheit« gibt »für nationalistische Gefühlspflege nicht[s] mehr her«³⁰⁸.

IV.3.2 Der »Anschwellende Bocksgesang« und die Nationale Euphorie

Die Ereignisse der Jahre 89/90 haben zu einer Wiederbelebung nationaler Ideen geführt, denn die Umbrüche verändern auch das bundesdeutsche Geschichtsverständnis.³⁰⁹ Schließlich führt die Vereinigungsdebatte auch zu der Frage, wie das Verhältnis der beiden deutschen Staaten nun zu bestimmen sei, welche Rolle gerade die neuen Bundesländer spielen sollten. Durch die Auseinandersetzung mit der DDR-Vergangenheit kommt auch in der Rückschau die Frage nach der Bewertung der Bonner Republik zurück.³¹⁰ Die »Bestimmung der Nation« ist Anfang der 1990er Jahre stark umkämpft. Ein Beleg dafür ist nach Dan Diner, dass es in den intellektuellen und feuilletonistischen Debatten grundlegend um den »Begriff der Nation«³¹¹ und dessen neuerliche Auslegung gehe. Zwar liege im Begriff der Nation vor deutschem Hintergrund immer schon der stete Konflikt unterschiedlicher Dimensionen. Aber im Zusammenhang mit der wieder aufflammenden Auseinandersetzung um den »Begriff des Westens«, den politische[n] und kulturelle[n] Ort des vereinigten Deutschland« und grundlegend um die »politische Kultur« und das »kollektive[n] Gedächtnis« habe dieser Konflikt eine neue Dynamik und Bedeutung erhalten.³¹² Diesem Konflikt wird eine ganz neue politisch-praktische Bedeutung beigemessen, da er nicht allein als historisch-kulturelles Grundproblem, sondern als politisch-praktisches, und damit als unmittelbar zu lösendes, Problem angesehen wird. Denn nach der staatlichen Vereinigung folgt eine gesamtgesellschaftliche Sinnsuche im Nationalen, also die kulturelle Selbstverständigung eines Kollektivs, das zwar seine staatlich-territoriale Form erhalten hat, aber dessen Kongruenz noch umstritten ist – eine Kongruenz, die, so ist man überzeugt, als Selbstverständnis erst angestrebt werden müsse. Hierdurch erklärt sich auch, dass die Verhandlungen und Bedeutungszuschreibungen der Nation

307 Vgl. Faul, Erwin: »Deutschland einig Vaterland«. Nation und Demokratie: Das Ende eines Sonderweges?, in: *Criticón* 118/1990, S. 63-66; Schüßlburner, Josef: Wie soll eine gesamtdeutsche Verfassung aussehen? Grundzüge einer konservativen Alternative, in: *Criticón* 120/1990, S. 171-175.

308 Klönne: Die Neue Rechte angesichts der deutschen Einheit, S. 71.

309 Vgl. Schneider: »Volkspädagogik« von rechts, S. 3.

310 Bohrer, Karl Heinz: Und die Erinnerung an die beiden Halbnationen?, in: *Merkur* Jg. 44 (1990) H. 3, S. 183-188; Nolte, Ernst: »Untergang« der Bundesrepublik?, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 05.09.1990, S. N3.

311 Diner, Dan: Kontraphobisch. Über Engführungen des Politischen, in: *Kursbuch* 116/1994, S. 109-117, hier S. 117.

312 Ebd.